

Eine britische Fallkontrollstudie

Kein erhöhtes Risiko für Gliome wegen Gebrauchs von Mobiltelefonen

Die Vorstellung, dass der weltweit rasant gestiegene Einsatz von Mobiltelefonen die Inzidenz der oft besonders bösartigen Gliome, aber auch anderer Hirntumore steigern könnte, erhitzt schon seit einigen Jahren die Gemüter und droht der Mobiltelefonbranche jene gewisse Anrüchigkeit anzuhängen, die eher schlecht ist fürs Geschäft. Zwar glaubt man zu wissen, dass die von Handys abgestrahlte Energie zu gering ist, um eine maligne Transformation durch direkte Schädigung der Erbsubstanz zu verursachen, aber wirklich sicher ist man sich bis jetzt nicht. Die meisten epidemiologischen Studien konnten in dieser Frage weder insgesamt noch in Beziehung zur Dauer eine Risikoerhöhung nachweisen. Es gibt aber einzelne Studien, die positive Assoziationen zwischen hochgradigen Astrozytomen (Gliomen) und ipsilateralem Gebrauch von Mobiltelefonen, zwischen Handyeinsatz in ländlichen Gegenden und Hirntumoren und der Benützung analoger Mobiltelefone darlegten. Kürzlich ist im «British Medical Journal» (BMJ) eine Fallkontrollstudie erschienen, die wegen der recht grossen Zahl der Fälle (966 Patienten mit der Diagnose eines Glioms) und der Kontrollen (1716 zufällig Ausgewählte aus den in Grossbritannien gebräuchlichen Patientenlisten der Allgemeinpraktiker) Beachtung verdient.

Die Autoren sammelten die entsprechenden Daten in fünf verschiedenen Regionen Grossbritanniens und berechneten die Risikowahrscheinlichkeit (Odds Ratio) eines Glioms in Beziehung zum Gebrauch von Mobiltelefonen, der bei 51 Prozent der Gliompatienten und bei 45 Prozent der Kontrollen mittels Interview präziser zu bestimmen war.

Die gesamthafte Odds Ratio (OR) für regelmässigen Handygebrauch betrug 0,94 (95%-Konfidenzintervall 0,78–1,13). Es bestand keine Beziehung zwischen dem Gliomrisiko und der Zeit seit dem ersten Gebrauch, der

Gesamtzahl der Jahre mit Mobiltelefon und der kumulativen Anzahl von Anrufen oder Stunden des mobilen Telefonierens. Hingegen fand die Studie eigenartigerweise ein signifikant erhöhtes Risiko für ipsilaterale Gliome auf jener Seite, die regelmässig zum Telefonieren gebraucht wurde (OR 1,24, 95%-KI 1,02–1,52), und eine signifikante Reduktion auf der Gegenseite (OR 0,75, 95%-KI 0,61–0,93).

Die Autoren weisen stolz darauf hin, dass ihre Untersuchung beinahe doppelt so viele Gliomfälle versammelt wie die grössten bis anhin publizierten Fall-Kontrollstudien zur selben Frage. Ihre sorgfältig erhobenen Daten sprächen dafür, dass der Einsatz von Mobiltelefonen weder kurz- noch mittelfristig zu einem erhöhten Gliomrisiko führe und stünden in Übereinstimmung mit ähnlichen Untersuchungen in den Vereinigten Staaten, Dänemark und Schweden. Allerdings räumen sie auch ein, dass Fallkontrollstudien bekanntermassen störungsanfällig sind und oft an einem Teilnahmebias leiden.

Wie bei solchen emotional befrachteten, von der Öffentlichkeit stark beachteten Diskussionen nicht überraschend, zog die Publikation im BMJ gleich viele kritische Leser-E-Mails nach sich, die die Reaktionen eines breiteren Publikums gewissermassen vorwegnehmen. Darin wird zunächst die teilweise Finanzierung der Studie durch die vier grössten britischen Mobiltelefonanbieter herausgestrichen, die schon von vornherein erahnen lasse, wie das Resultat herauskommen würde. Dann fällt es etlichen Lesern auch schwer zu verstehen, wie Mobiltelefone insgesamt das Gliomrisiko nicht erhöhen, ipsilateral Hirntumoren dennoch auslösen, aber kontralateral davor schützen könnten. Dass dies auf einem so genannten Recall-Bias, also einer durch die strittige Frage (hier den Hirntumor) beeinflussten Erinnerung beruhen könnte, wie die Autoren selbst vermuten, liegt auf der Hand. Wieweit dazu die Tatsache beiträgt, dass nur gerade einmal die



Hälfte der Hirntumorpatienten und noch weniger bei den Kontrollen für das vorgesehene Interview erreichbar waren, muss offen bleiben. Sicher ist, dass diese Untersuchung sich ungeachtet aller Einwände vorderhand in die Reihe der «negativen» Studien einreihen wird, die den Ängstlichen und Kritischen noch auf Jahre hinaus als eine Art Beweisersatz vorgehalten werden. Die Publikation formuliert das denn auch eloquent: «Diese Studie deutet darauf hin, dass in den zehn Jahren nach erstmaligem Mobiltelefongebrauch keine substanziiell erhöhten Risiken für Gliome bestehen. Nur zukünftige Studien werden in der Lage sein, längere Latenzperioden für die Gliomentwicklung anzusprechen».

Quelle: Sarah J. Hepworth et al., BMJ, doi: 10.1136/bmj.38720.687975.55 (published 20 January 2006)

H.B.

Rosenbergstrasse 115

Sie sind ja durchaus adrett, die Moderatorinnen des «10vor10». Aber: Alles nur Fassade? Man neigt dazu, diese Frage zu bejahen, wenn die Damen wieder einmal wenig Ahnung beweisen von dem, was grad über die Mattscheibe flimmert. Jüngstes Beispiel (es hat sich irgendwie nicht bloss wie ein Versprecher angehört): Stockholm wird nämlich trotz Daniela-Lagerscher Aufforderung keine innovative Kunst auf gelöcherten Strassen feiern, sondern schlicht Gebühren erheben für Autofahrer, die in die Stadt fahren möchten. Auf Englisch ist das zwar nur ein kleiner, aber eben ein durchaus feiner Unterschied. Was die Schweden eingeführt haben, war nämlich nicht, wie Frau Lager meinte, das Road piercing, sondern lediglich das Road pricing.



Nachsicht, Nachsicht, meint ein lieber Freund: Wir verstehen ja alle nicht immer alles, wovon und worüber wir sprechen. Wo er Recht hat, hat er Recht.



Merkwürdiges tut sich in Sachen EMH (Editores Medicorum Helveticorum, eines jener aus Zeiten des HHB übrig gebliebenen Gebilde, an dem die FMH die Aktienmehrheit hält und die mit Standesinteressen wenig, mit Profitgenerierung jedoch viel zu tun haben). Der EMH steckt in finanziellen Schwierigkeiten, wie in der SAeZ zu lesen war. Nichts über die Gründe derselben, aber das ist auch nur zweitrangig – oder etwa peinlich? Der Gegenmassnahmen sind viele. Beliebt ist beispielsweise der Versuch, der Konkurrenz auf dem Anzeigenmarkt Knebel zwischen die Beine zu werfen beziehungsweise die Butter vom Brot zu stibitzen. Ob folgende Episode, die uns da zu Ohren kam,

etwas damit zu tun hat, wissen wir nicht; immerhin kann man sich dazu seine Gedanken machen. Da wird nämlich der Chefredaktor der Zeitschrift «cardiovasc» (in deren Herausgeberschaft immerhin einige angesehene Schweizer Kardiologen sitzen) von der Teilnahme am 12. Kongress der Schweizer Herzstiftung in Gstaad eingeladen mit der Begründung, man habe eine exklusive Medienpartnerschaft mit der EMH-eigenen Zeitschrift «Kardiovaskuläre Medizin» und verbiete allen andern Zeitschriften die Berichterstattung vom und über den Anlass.



Nun ist der so schikanierte Verlag MMV auch unser Konkurrent (Mitbewerber, heisst das zwar heute) und deshalb hält sich unser Mitleid in Grenzen, aber innerhalb dieser Grenzen reibt man sich schon verwundert die Augen. Und da die Sicht nach dem Augenreiben keineswegs klarer ist, wird man sich die Sache demnächst etwas genauer ansehen müssen. Sonst könnte es gar passieren, dass man dereinst von Bestrebungen hört, ARS MEDICI als langjährige Begleiterin des Arosler Fortbildungskongresses von der Kongressteilnahme und der Berichterstattung darüber auszuschliessen. (Gewiss, gewiss, das war nur ein schlechter Scherz.)



20 000 deutsche Ärzte haben den Gang auf die Strasse gewagt. Wohl verständlich, denn ihre Situation ist um einiges dramatischer als jene der niedergelassenen und der Spitalärzte in der Schweiz. Die deutsche Gesundheitsministerin meint das nämlich tatsächlich ernst: Die Ärzte sollen, im Rahmen eines Bonus-Malus-Systems, für Medikamentenverschreibungen, die über

einem im Voraus festgelegten Jahresbudget liegen, mit ihrem persönlichen Einkommen haften. Das wäre die konsequente Weiterführung der heute schon gängigen, gegen Jahresende jeweils erzwungenen Gratisarbeit der deutschen Ärzte. Es scheint, die zerebralen Folgeschäden des Hitzesommers 2003 sind im Raume Berlin gravierender als angenommen.



Transparent im Demonstrationszug der deutschen Ärzte: «Schmidt muss weg.» Gemeint war Ulla Schmidt, die deutsche Gesundheitsministerin, aber auch ihr Berater, der schnarrende Professor Lauterbach. Wir sind gespannt, ob unserem Herrn Couchepin und unserem ungefragt alle beratenden Herrn Oggier die gleiche Aufforderung zuteil kommen wird.



Ein wirklich eindrückliches Beispiel von unterkühlter Dramatik (auf einen Hinweis von Charles Lewinsky aus einem Buch von P.G. Wodehouse): «Dass A.B. Spottsworth auf die Seite mit den Nachrufen geriet, hatte mit einem Missverständnis zwischen ihm und einem der Löwen zu tun, die er in Kenia jagte. Er meinte, der Löwe sei tot, und der Löwe meinte das nicht.»

Richard Altorfer